

KOA 5.002/06-005

9. Verordnung der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

mit der eine Umsatzgrenze festgelegt wird, bei deren Unterschreitung durch einen Beitragspflichtigen dessen Umsätze nicht bei der Berechnung des branchenspezifischen Gesamtumsatzes berücksichtigt werden (Schwellenwertverordnung Rundfunk 2006 – SVO-RF 2006)

Auf Grund des § 10a Abs. 5 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 21/2005, wird nach Einräumung einer Gelegenheit zur Stellungnahme an die Beitragspflichtigen verordnet

§ 1. Die Umsatzgrenze, bei deren Unterschreitung durch einen Beitragspflichtigen dessen Umsätze nicht bei der Berechnung des branchenspezifischen Gesamtumsatzes hinsichtlich der Branche Rundfunk berücksichtigt werden, wird ab dem Jahr 2006 mit EUR 55.000 festgelegt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit 8. März 2006 in Kraft.

Wien, am 6. März 2006

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Mag. Michael Ogris
Behördenleiter

Erläuterungen zur Schwellenwertverordnung Rundfunk 2006 (SVO-RF 2006) der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) nach § 10a Abs. 5 KOG:

Nach § 10a KommAustria-Gesetz (KOG) dienen zur Finanzierung des in Erfüllung bestimmter gesetzlicher Aufgaben der RTR-GmbH und der KommAustria entstehenden Aufwandes neben einem Zuschuss aus dem Bundeshaushalt Finanzierungsbeiträge der Branche Rundfunk. Die Branche Rundfunk umfasst die in Österreich niedergelassenen Rundfunkveranstalter.

Die Finanzierungsbeiträge sind im Verhältnis des jeweiligen Umsatzes des Beitragspflichtigen im Verhältnis zum branchenspezifischen Gesamtumsatz zu bemessen und einzuheben (§ 10a Abs. 3 KOG). Zur Ermittlung der entsprechenden Daten dienen die Meldung geplanter und tatsächlicher Umsätze sowie die Schätzung und Feststellung des branchenspezifischen Aufwandes der RTR-GmbH.

Nach § 10a Abs. 5 KommAustria-Gesetz (KOG) kann die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) aus Gründen der Verwaltungsökonomie, insbesondere wenn der Aufwand für die Einhebung von Beitragspflichtigen im Missverhältnis zu den von ihnen zu entrichtenden Beiträgen stehen würde, durch Verordnung eine Umsatzgrenze festlegen, bei deren Unterschreitung durch einen Beitragspflichtigen, dessen Umsätze nicht bei der Berechnung des branchenspezifischen Gesamtumsatzes berücksichtigt werden. Diese Beitragspflichtigen würden demnach nicht zur Leistung des Finanzierungsbeitrages herangezogen werden. Vor Erlassung einer derartigen Verordnung ist den Beitragspflichtigen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Auf dieser Grundlage hat die KommAustria bereits die 2. SVO-RF 2005 erlassen, mit der für 2005 eine Umsatzgrenze von EUR 55.000 festgesetzt wurde. Auf der Basis der vorangehenden Rechtslage (§ 10 KOG idF BGBl. I Nr. 136/2003) wurden mit der SVO-RF 2004 für 2004 und der SVO-RF 2005 für 2005 jeweils eine Umsatzgrenze von EUR 45.000 festgesetzt. Nach der Rechtslage des § 10 KOG idF BGBl. I Nr. 136/2003 war kein Bundeszuschuss sowie ein erweiterter Kreis von Beitragspflichtigen zu berücksichtigen.

Auf der Basis der der KommAustria übermittelten Informationen, die die RTR-GmbH im Zuge der durchgeführten Plandatenabfragen für das Jahr 2006 von den nach § 10a KOG in der relevanten Branche (Rundfunk) finanzierungsbeitragspflichtigen Unternehmen erhoben hat, stellt sich die Situation betreffend die Finanzierung des Fachbereiches Rundfunk der RTR-GmbH im Überblick wie folgt dar.

Der zu erwartende Gesamtumsatz der Branche für 2006 wird von der RTR auf der Basis der erfolgten Planumsatzmeldungen sowie der teilweise erforderlichen Schätzungen gemäß § 10a Abs. 6 KOG von der RTR-GmbH mit EUR 471.369.786 mitgeteilt. Für den Fachbereich Rundfunk sind 128 Unternehmen (grundsätzlich) finanzierungsbeitragspflichtig.

Nach den der KommAustria mitgeteilten Berechnungen der RTR-GmbH betragen die durchschnittlichen Kosten zur Einbringlichmachung von Finanzierungsbeiträgen pro Beitragspflichtigem in der RTR-GmbH (Fachbereich Rundfunk) EUR 214,66. Im Vergleich zum Vorjahr (2. SVO-RF 2005) konnte dieser Wert auf Grund der Erfahrungen in der Vollziehungspraxis weiter geringfügig abgesenkt werden. Diese Kosten umfassen, auf der Basis der bisherigen Erfahrungen der RTR-GmbH, die Kosten der Buchhaltung, des Mahn- und Inkassowesens, die Kosten erforderlicher Buchprüfungen und auch die Kosten der Einbringlichmachung von Beiträgen im Wege der Bescheiderstellung und Exekution sowie der Geltendmachung von Forderungen in (in- und ausländischen) Insolvenzverfahren. Nicht berücksichtigt sind dabei die Kosten, die durch die Abfragen der Planumsätze und (im September des Folgejahres) der tatsächlichen Umsätze aller finanzierungsbeitragspflichtigen Betreiber anfallen, da diese – insbesondere zur Überprüfung, welche Unternehmen unter bzw. über dem Schwellenwert liegen – jedenfalls erforderlich sind. Diese zuletzt genannten Kosten fallen daher unabhängig von der Festsetzung eines Schwellenwertes an und sind daher hier nicht zu berücksichtigen.

Im Vergleich zum Fachbereich Telekommunikation sind die durchschnittlichen Kosten zur Einbringlichmachung von Finanzierungsbeiträgen pro Beitragspflichtigem im Fachbereich Rundfunk geringer, was insbesondere auf die anders gelagerte Marktstruktur zurückzuführen ist. So fallen in diesem Fachbereich etwa kaum Insolvenzfälle an.

Der von der RTR-GmbH budgetierte und vom Aufsichtsrat genehmigte Aufwand des Fachbereichs Rundfunk beträgt für das Jahr 2006 EUR 2.531.000. Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt nach § 10a Abs. 1 KOG beträgt EUR 750.000. Somit verbleibt ein aus Finanzierungsbeiträgen zu bestreitender Aufwand von EUR 1.781.000.

Der Schwellenwert wird in einer Höhe angesetzt, dass Unternehmen mit einem Umsatz in der Höhe des Schwellenwertes lediglich einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe des bei der RTR-GmbH für die Administration des Finanzierungsbeitrages für dieses Unternehmen anfallenden Kosten leisten würden. Ein Finanzierungsbeitrag in der Höhe von EUR 214,66 würde bei einem Umsatz des Beitragspflichtigen von über die Jahre gesehen EUR 55.000 anfallen.

Unternehmen mit Umsätzen unterhalb des so ermittelten Wertes würden ohne die Erlassung dieser Verordnung im Ergebnis weniger zur Finanzierung der RTR-GmbH beitragen als Aufwendungen für die Administration ihres Finanzierungsbeitrages anfallen. Der Aufwand der RTR-GmbH (der derzeit die Verwaltungskosten für diese Unternehmen nicht enthält) würde in diesem Ausmaß steigen, die Mehrkosten würden zu einem höheren Finanzierungsbeitrag für Unternehmen mit höheren Umsätzen führen.

Bei dieser Betrachtung kann der Bundeszuschuss grundsätzlich außer Acht bleiben, da dieser für das jeweilige Jahr betragsmäßig fixiert ist: Der zusätzliche Aufwand für die Administration des Finanzierungsbeitrages der weiteren Unternehmen würde daher jedenfalls in vollem Ausmaß den aus Finanzierungsbeiträgen zu bestreitenden Aufwand erhöhen.

Ohne Festsetzung eines Schwellenwertes würde ein Teil der Finanzierungsbeitragspflichtigen nicht nur nicht zur Finanzierung der regulatorischen Aufgaben der RTR-GmbH beitragen, sondern nicht einmal den Aufwand decken, der durch die Einhebung ihres Finanzierungsbeitrages entsteht. Um diese (unökonomische) Situation zu vermeiden, sieht das KOG die Möglichkeit vor, einen Schwellenwert festzusetzen. Die RTR-GmbH wird im Rahmen der Abfrage der tatsächlichen Umsätze im September des Folgejahres bei allen grundsätzlich finanzierungsbeitragspflichtigen Unternehmen überprüfen, ob sie unter bzw. über dem Schwellenwert liegen.

Zusammengefasst ist für 2006 von folgenden Daten auszugehen:

- finanzierungsbeitragsrelevanter Gesamtumsatz der Branche: EUR 471.369.786
- aus Finanzierungsbeiträgen zu bestreitender Aufwand RTR-RF: EUR 1.781.000
- durchschnittliche Kosten pro Beitragspflichtigem: EUR 214,66
- Anzahl aller Beitragspflichtigen: 128
- angenommener Schwellenwert: EUR 55.000
- Anzahl der unter dem Schwellenwert liegenden Beitragspflichtigen: 51
(diese 51 Beitragspflichtigen umfassen ca. 0,16 % des Gesamtumsatzes der Branche)
- Anzahl der über dem Schwellenwert liegenden Beitragspflichtigen: 77
(diese 77 Beitragspflichtigen umfassen ca. 99,84 % des Gesamtumsatzes der Branche)

Die KommAustria verkennt nicht, dass die dargestellten Rechnungen auf Plandaten und auf Durchschnittsbetrachtungen hinsichtlich der Kosten beruhen und daher nicht in jeder Hinsicht exakt sein können. Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (z.B. im Erkenntnis vom 28.06.1984, VfSlg 10089) kann jedoch der Gesetzgeber von einer Durchschnittsbetrachtung ausgehen und etwaige Härtefälle in Kauf nehmen (zB VfSlg. 8871/1980 S 593). Der Verfassungsgerichtshof hat weiters erkannt, dass Gründe der Verwaltungsökonomie es erlauben, eine einfache und leicht handhabbare Regelung zu treffen (zB VfSlg. 9258/1981). Die KommAustria geht davon aus, dass die in diesen Erkenntnissen zum Ausdruck gebrachte grundlegende Rechtsansicht des Gerichtshofes auch auf die Erlassung von Verordnungen anwendbar ist, zumal dann, wenn wie im gegenständlichen Fall die Verwaltungsökonomie ausdrücklich in der gesetzlichen Grundlage zur Erlassung einer Verordnung (§ 10a Abs. 5 KOG) genannt sind.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Festsetzung des Schwellenwertes haben gezeigt, dass ohne die Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen (wie es durch BGBl. I Nr. 21/2005 durch die Einführung des Bundeszuschusses geschehen ist) die Berechnungsparameter über mehrere Jahre soweit stabil bleiben, dass ein Schwellenwert in unveränderter Höhe angenommen werden kann: So wurden nach der Rechtslage BGBl I Nr. 136/2003 für 2004 und 2005 jeweils EUR 45.000 festgesetzt, nach der nunmehr geltenden Rechtslage BGBl. I Nr. 21/2005 für 2005 (neu) EUR 55.000. Dieser Wert kann nun auch für 2006 angenommen werden.

Da damit auch von einem grundsätzlich stabilen Schwellenwert ausgegangen werden kann, wird mit der gegenständlichen Verordnung der Schwellenwert für die Jahre ab 2006 festgelegt. Auf Basis der tatsächlichen und geplanten Umsatz- und Aufwandszahlen ist es der KommAustria in den Folgejahren möglich, die weitere Validität des Schwellenwertes zu überprüfen und gegebenenfalls eine Schwellenwertverordnung mit einem neuen Wert zu erlassen. Sofern der nunmehr festgesetzte Wert von EUR 55.000 unverändert beibehalten werden kann, ist jedoch keine weitere Verordnung erforderlich. Somit dient diese Vorgehensweise ebenso der Verwaltungsökonomie.

Den Beitragspflichtigen wurde gemäß § 10a Abs. 5 KOG im Wege einer öffentlichen Konsultation auf der Website der Regulierungsbehörde ab 21.02.2006 Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf dieser Verordnung eingeräumt. Bis zur Erlassung der Verordnung ist keine Stellungnahme eingelangt.